



HESSISCHER LANDTAG

19. 02. 2013

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Antrag

**der Abg. Dr. Spies, Decker, Merz,
Müller (Schwalmstadt), Roth (SPD) und Fraktion**

**betreffend endlich Ordnung auf dem Arbeitsmarkt schaffen -
für sichere und faire Arbeit in Hessen**

Unter der CDU/FDP-Landesregierung ist Hessen zu einem der Spitzenreiter in unsicherer Arbeit geworden. Immer stärker werden bisher sichere und faire Arbeitsverhältnisse durch Dumpinglöhne, Leiharbeit, Befristungen, Werkverträge und Scheinselbstständigkeit angegriffen. So arbeitet in Hessen trotz der Stärke des Wirtschaftsstandorts jeder fünfte Beschäftigte zu Niedriglöhnen, Stammbesellschaften werden in immer stärkerem Umfang durch Leiharbeitskräfte ersetzt. Deshalb braucht auch Hessen eine neue Ordnung der Arbeit, die sichere und faire Arbeit schützt und Menschen in unsicherer Arbeit nicht allein lässt.

Neben unsicherer und unterbezahlter Arbeit sind in Hessen derzeit rund 120.000 Menschen langzeitarbeitslos und ohne Chance auf eine Beschäftigung. Langzeitarbeitslosigkeit ist die wesentliche Ursache für Armut, insbesondere für spätere Altersarmut. Sie ist zugleich die wichtigste mittelbare Ursache für Kinderarmut und mindert die Chancen der Betroffenen. Statt die Kürzung der Mittel für die Eingliederungshilfen hinzunehmen, wären dringend Initiativen zur Wiedereingliederung dieser Menschen in die Arbeitswelt notwendig.

Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt zeigt sich bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine ungünstige Entwicklung in Hessen. Während es in Deutschland von Oktober 2012 im Vergleich zum Vorjahr einen Zuwachs von 1,4 v.H. gab, waren es in Hessen nur 1,2 v.H. mehr. Der westdeutsche Durchschnitt lag bei 1,5 v.H. mehr. Für Hessen ist ein rapider Verlust bei der Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen zu verzeichnen. So sank die Zahl der gemeldeten Stellen in Hessen im Dezember 2012 gegenüber dem Vorjahr um 18 v.H., während es im bundesdeutschen Durchschnitt 10 v.H. waren. Mit diesem Wert ist Hessen trauriger "Spitzenreiter" unter allen Bundesländern.

In Hessen geraten trotz der Stärke des Wirtschaftsstandorts zunehmend Unternehmen in wirtschaftliche Bedrängnis, mit der Folge, dass Arbeitsplätze verloren gehen oder bedroht sind.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt mit Betroffenheit fest, dass die hessische Landesregierung dem Wegfall beziehungsweise der Gefährdung Tausender Arbeitsplätze in Hessen bisher tatenlos zugesehen hat. Beispielhaft belegen MAN-Roland Offenbach, Neckermann, Hewlett-Packard Rüsselsheim, Vodafone Eschborn, Infraser, aber auch die schwierige Entwicklung bei Opel das passive und arbeitnehmerfeindliche Verhalten dieser Landesregierung. Die amtierende Landesregierung setzt alleine auf die Attraktivität des hessischen Standorts und lässt ansonsten den unternehmerischen Entscheidungen freien Lauf. Damit weicht sie von den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft ab.
2. Der Landtag betrachtet mit großer Sorge, dass trotz der allgemein positiven wirtschaftlichen Entwicklung Hunderttausende Menschen in Hessen in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten müssen bzw. kaum

Chancen auf eine Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt haben. Aktuelle Fälle belegen zudem, dass die Methoden systematischer Ausbeutung unter Vernachlässigung aller Rechte der Beschäftigten immer dreister werden. Der Landtag bemängelt gleichzeitig, dass die Landesregierung bisher keinerlei politische Konzepte und Strategien dagegen entwickelt hat.

3. Der Landtag fordert die Landesregierung daher auf, ihrer politischen Verantwortung für die wirtschaftliche Entwicklung und dabei insbesondere der Sicherung von Arbeitsplätzen in Hessen endlich gerecht zu werden. Hierzu ist von der Landesregierung ein von der hessischen Wirtschaft seit Langem gefordertes industriepolitisches Konzept vorzulegen. Ein Schwerpunkt dieses Konzepts soll darauf gelegt werden, Hessen als Standort z.B. der Automobil- und Luftfahrtindustrie, der Gesundheitswirtschaft und der alternativen Energien zu stärken und den Technologie- und Wissenschaftstransfer zwischen Hochschulen und der Wirtschaft zu fördern. Gleichzeitig ist eine umfassende und nachhaltige Offensive gegen die negative Entwicklung auf dem hessischen Arbeitsmarkt zu starten, die auch die Unternehmen in die Pflicht nimmt.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung darüber hinaus auf, einen Modellversuch zur Einführung eines öffentlichen sozialen Arbeitsmarktes auf der Grundlage eines sogenannten "Aktiv-Passiv-Transfers" in Hessen zu starten und sich dabei an den guten Beispielen anderer Bundesländer zu orientieren. In diesem Modell sollen Menschen, die auf absehbare Zeit keine Chancen haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Arbeitsplatz zu finden, aber gleichwohl einer regelmäßigen, sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgehen können, Arbeitsmöglichkeiten eröffnet werden, die ihnen zugleich ihre Chancen auf Integration in den Arbeitsmarkt erhöhen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung in diesem Zusammenhang auf, sich gegenüber der Bundesregierung für eine Rücknahme der milliardenschweren Kürzungen bei den Eingliederungs- und Qualifizierungshilfen für Langzeitarbeitslose einzusetzen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung erneut dazu auf, ein Tarif-treue- und Vergabegesetz für öffentliche Aufträge vorzulegen, in dem unter anderem konkrete Regelungen gegen Dumpingkonkurrenz, Dumpinglöhne und für Tariftreue und Mindestlöhne von mindestens 8,50 € sowie klare Regeln für die Auftragsweitergabe an Subunternehmen und deren Kontrollen festgelegt sind. Der von der hessischen SPD-Landtagsfraktion vorgelegte Entwurf eines Tariftreue- und Vergabegesetzes bietet dafür die Grundlage.
7. Der Landtag spricht sich für einen gesetzlichen Mindestlohn aus und fordert die Landesregierung dazu auf, ihre bisherige Blockadehaltung gegen die Einführung eines flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens 8,50 € endlich aufzugeben. Gleichzeitig wird die Landesregierung aufgefordert, sich den Bundesratsinitiativen anderer Bundesländer für die Einführung eines Mindestlohns nicht länger zu verweigern, sondern solche Initiativen zu unterstützen und entsprechenden Gesetzesvorlagen im Bundesrat zuzustimmen.
8. Der Landtag spricht sich für eine Begrenzung der Leiharbeit und die Umsetzung des Grundsatzes "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" in der Leiharbeit aus. Gleichzeitig spricht er sich für gesetzliche Regelungen gegen Lohndumping durch Werkverträge und Scheinselbstständigkeit sowie für die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung aus. Damit kann vermieden werden, dass gerade jüngere Beschäftigte dauerhaft unter prekären Arbeitsbedingungen leiden müssen.
9. Der Landtag erachtet den derzeitigen Zustand der Arbeitsschutzbehörden und der Gewerbeaufsicht nach jahrelangem Abbau als unzureichend. Verstöße gegen bestehende Arbeitsschutzrichtlinien treffen in erster Linie Beschäftigte in unsicheren Arbeitsverhältnissen, die sich kaum wehren können. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, umgehend ein Konzept für einen zügigen stufenweisen Aus-

bau der Arbeitsschutzverwaltung und der Gewerbeaufsicht in Hessen vorzulegen, mit der die angemessene Durchsetzung des Arbeitsschutzes wieder erreicht werden kann. Sie wird aufgefordert, die Möglichkeiten einer Verschärfung der Sanktionen für Unternehmensverstöße in diesem Bereich zu prüfen.

10. Der Landtag ist entsetzt über die aktuelle Berichterstattung zu den inakzeptablen Überwachungsmethoden von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern beim Online-Versandhändler Amazon. Die Trennung Amazons von eingesetzten Dienstleistern allein entbindet Amazon aber nicht von der Pflicht, auch die eigene Verantwortung einzuziehen und die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Darüber hinaus fordert der Landtag die Landesregierung auf, angesichts der offensichtlichen Verletzungen von Arbeitnehmerrechten ihre passive Haltung aufzugeben und den Vorkommnissen unverzüglich nachzugehen. Es kann nicht hingenommen werden, dass in Hessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter derart unwürdigen Bedingungen leben und arbeiten müssen.
11. Der Landtag erachtet es als überfällig, dass endlich auch die Hessische Landesregierung Maßnahmen ergreift, um die gleiche Bezahlung von Frauen durchzusetzen. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass Frauen bei gleichwertiger Tätigkeit erheblich geringere Löhne gezahlt werden.
12. Der Landtag hält es für erforderlich, die in den Krisenjahren 2009/2010 bewährte Regelung für Kurzarbeitergeld unter erleichterten Bedingungen wieder aufleben zu lassen. Kurzarbeit hat sowohl für die Unternehmens- als auch für die Arbeitnehmerseite erhebliche Vorteile. Sie verhindert starke Einbrüche am Arbeitsmarkt, bietet Schutz vor Arbeitslosigkeit und sichert bewährtes Personal für die Zukunft. Die Landesregierung wird aufgefordert, mittels einer Bundesratsinitiative dafür Sorge zu tragen, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung ihre Blockadehaltung aufgibt und einer Neuauflage der Regelung zustimmt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Wiesbaden, 19. Februar 2013

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel

Dr. Spies
Decker
Merz
Müller (Schwalmstadt)
Roth